

## **LSV**

### **Allgemein / Einstiegsfrage**

- Was läuft nach Auffassung Ihrer Partei im nordrhein-westfälischen Schulsystem falsch?

Zum einen hat Bildungspolitik noch immer nicht den Stellenwert, der ihr zusteht, zum anderen werden viele Diskussionen nicht sachlich sondern eher ideologisch geführt. Daraus ergeben sich die meisten der aktuell zu beobachteten Probleme.

### **Bildungsunterfinanzierung**

- Was wird Ihre Partei in der NRW-Landesregierung gegen die chronische Unterfinanzierung des Bildungssystems in NRW unternehmen?

Bildung muss in den Mittelpunkt jedes Regierungshandelns rücken. Wir haben uns als einzige Fraktion deutlich dafür ausgesprochen, Investitionen für Bildung aus der Schuldenbremse rauszunehmen. Die Schuldenbremse im Art.109 Abs.3 im Grundgesetz verhindert wertvolle Bildungs- und Zukunftsinvestitionen und führt erkennbar in eine Bildungskatastrophe, die nicht zuletzt die Demokratie in Deutschland schwächt. Die Finanzierung der Bildung muss unabhängig von Bestrebungen zur Einhaltung der Schuldenbremse besser gestellt werden. Wir setzen uns auf Landes- und Bundesebene dafür ein, Bildung zu den Ausnahmen in Art. 115 GG hinzuzufügen.

- Wie möchten sie die Kommunen in NRW bei der Sanierung ihrer Schulgebäude unterstützen?

Die 2 Milliarden aus „gute Schule 2020“ werden bei weitem nicht reichen, die Schulen zu sanieren. Die Kommunen brauchen dringend eine strukturell bessere Finanzierung um ihren Aufgaben nachkommen zu können. Daneben bräuchte es wieder einheitliche Rahmenbedingungen für die Ausstattung der Schulen, z.B Mindestraumgrößen. Diese müssten vom Land vorgegeben und die Umsetzung dann gemeinsam mit den Kommunen finanziert werden. Solange es keine Standards gibt, wird es vom Wohnort abhängen, wie gut eine Schule ausgestattet ist.

- Wie steht Ihre Partei zu der Forderung der LSV NRW, ein landesweites kostenloses Schüler\*innenticket einzuführen?

Die PIRATEN NRW setzten sich für die Einführung eines fahrscheinlosen Nahverkehrs für alle ein. Bis dieser verwirklicht ist, unterstützen wir auch die Forderung nach einem landesweit kostenlosen Schüler\*innenticket.

- Planen Sie, die Finanzierung der Schulsozialarbeit auch für die Zukunft sicherzustellen?

Schulsozialarbeit ist ein wesentlicher Baustein einer guten Schule, der für alle Schulen sichergestellt sein muss. Die Piratenfraktion im Landtag hat sich letztlich erfolgreich für den übergangsweisen Erhalt der Sozialarbeit an Schulen mit Landesmitteln eingesetzt, als die Ende der Finanzierung durch den Bund im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes absehbar war. Die PIRATEN NRW werden sich weiterhin für die Schulsozialarbeit stark machen und dabei gegebenenfalls den dauerhaften Einsatz von Landesmitteln unterstützen.

- Wie möchte Ihre Partei den immensen und strukturellen Lehrer\*innenmangel an NRWs Schulen bekämpfen?

Der LehrerInnenmangel kann nur mittelfristig vollständig behoben werden. Dies gelingt, wenn in dem Maße schrittweise mehr Stellen geschaffen werden, wie Absolventen der Lehrerausbildung eingestellt werden können. Um die Lehrerversorgung auf Dauer sicherzustellen, benötigen wir mehr Studienplätze und mehr Anreize, sich für den Beruf zu entscheiden. Das sind vor allem bessere Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte und eine angemessene Bezahlung. Dazu gehört aber auch die Bezahlung für das im Studium anstehende Praxissemester, die wir gefordert haben, aber von allen anderen abgelehnt wurde. Kurzfristig könnte man den Lehrkräften anbieten, freiwillig „Überstunden“ zu machen, die sie dann, wenn sich die Situation entspannt hat, abbauen können.

- Wie steht Ihre Partei zum Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich?

Das Kooperationsverbot gehört abgeschafft. Bildung ist nicht nur Ländersache, sondern eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Die Piratenpartei setzt sich für eine Aufhebung des Kooperationsverbotes ein. Der Bund muss öffentliche Bildungseinrichtungen finanzieren dürfen.

## **G8, G9 und IGGS**

- Bleibt G8 in seiner jetzigen Form unter Ihrer Landesregierung bestehen? Wenn nein, wie würde unter Ihrer Landesregierung das System der weiterführenden Schulen in NRW aussehen?

Es würde wieder ein G9 an allen Gymnasien geben. Das heißt, alle gehen 10 Jahre zur Schule bis zum ersten Abschluss. Die Oberstufe kann dann flexibel gestaltet werden. Die Schülerinnen und Schüler entscheiden nach der Klasse 10 selber, ob sie zwei, drei oder auch 4 Jahre bis zum Abitur nutzen wollen. So ist Zeit für Ehrenamt, Auslandsaufenthalte, aber auch für „Sprinter“ die Möglichkeit das Abitur nach 8 Jahren abzulegen. Das soll für die Gymnasien als auch für die Gesamtschulen gelten.

- Wie bewerten Sie das Konzept der Inklusiven Ganztags Gesamtschule (IGGS) und der flexiblen Oberstufe der Landeschüler\*innenvertretung NRW?

•

Die flexible Oberstufe ist Teil unseres Bildungsprogramms. Wir setzen uns auch für das längere gemeinsame Lernen ein und unterstützen den Gedanken einer inklusiven Gesamtschule. Eine „von oben“ verordnete Inklusive Ganztags Gesamtschule sehen wir im Augenblick nicht. Die Eltern, Schülerinnen und Schüler müssen dabei mitgenommen werden und so eine Schule auch anwählen. Dies gelingt nur, wenn wir die Rahmenbedingungen an den integrativen Schulen so verbessern (kleine Lerngruppen, Unterstützung durch Sozialarbeit, Sozialpädagogik), dass Eltern und ihre Kinder zunehmend diese Schulform wählen.

- Fordert Ihre Partei eine nachhaltige und deutliche Senkung der maximalen Klassengröße an weiterführenden Schulen und wie sähe diese aus?

Wie oben beschrieben, ist die Klassensenkung eine Bedingung für eine gute Schule. Das Ziel müssen 20 Schüler pro Klasse sein, bei inklusiven Klassen sollten nicht mehr als 5 von den SuS einen sonderpädagogischen Förderbedarf haben. Außerdem sollte es in diesen Klassen eine weitgehende Doppelbesetzung geben.

- Wie steht Ihre Partei zum aktuell laufenden Volksbegehren "G9 jetzt!"?

Wir unterstützen das Volksbegehren, auch wenn wir nicht mit jeder Forderung übereinstimmen. So haben wir uns immer für Ganztagsangebote ausgesprochen. Wir haben die letzten Jahre im Landtag für das G9 an allen Schulen gekämpft. Alle anderen Fraktionen wollten sich auf diese Debatte nicht einlassen und haben die Umfragen und den Elternwillen ignoriert. Erst jetzt, vor der Wahl, lenken alle anderen ein und versuchen, durch ihr Wahlprogramm, die Menschen für sich zu gewinnen. So verstehen wir Politik nicht. Wir möchten, dass der Wille der Menschen in der Politik ernst genommen wird. Wir hätten längst wieder ein G9 haben können, wenn dies ernsthaft gewollt gewesen wäre.

- Wie steht Ihre Partei zum verpflichtenden Ganzttag mit Freizeitangeboten für alle Schüler\*innen und wie sollte ein solcher Ganzttag Ihrer Meinung nach aussehen?

Wir unterstützen Ganztagsangebote, sehen sie aber nicht verpflichtend für alle Schülerinnen und Schüler. Jedes Kind und jeder Jugendliche sollte die Möglichkeit haben eine Ganztagschule zu besuchen, aber es sollte auch die Freiheit geben, dies nicht zu tun. Dabei sollten die Schulen gebundene Ganztagschulen in Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe und anderen Trägern sein. Der Ganzttag sollte neben dem Unterricht viele außerunterrichtliche und außerschulische Angebote beinhalten, die über den ganzen Tag verteilt und nicht nur im Anschluss an den Unterricht stattfinden.

- Möchte Ihre Partei, dass außerschulisches Engagement stärker anerkannt und wertgeschätzt wird? Wie kann diese stärkere Wertschätzung in Ihren Augen erreicht werden?

Ja, wir unterstützen soziales und politisches Engagement. Neben Zertifikaten für gemeinnützige Tätigkeiten, kann man diese auch auf Zeugnissen ausweisen.

- Wie kann man Schüler\*innen mehr Freiräume für soziales und politisches Engagement ermöglichen?

Man könnte ehrenamtliches Engagement als Nachmittagsveranstaltung im Ganzttag akzeptieren und als abgeleistete Stunden werten und auch bewerten.

### Beteiligung Jugendlicher und Stärkung von SV-Arbeit / Mitbestimmung

- Wie steht Ihre Partei zum allgemeinpolitischen Mandat von Schüler\*innenvertretungen?

SchülerInnenvertretungen haben für uns einen hohen Stellenwert. Die demokratische Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern muss allgemein gestärkt werden. Die Schülervertretungen dürfen nicht nur „Abnickfunktion“ oder für Schulfeste eine Bedeutung haben. Sie sollen sich zu allen Fragen betätigen, die die Schülerinnen und Schüler betreffen.

- Wird Ihre Partei sich für die flächendeckende Einführung von beratenden Sitzen in kommunalen Schulausschüssen für Bezirksschüler\*innenvertretungen stark machen?

Ja, auf jeden Fall. Denn die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass Kinder und Jugendliche die Möglichkeit bekommen, sich an Entscheidungsprozessen aktiv zu beteiligen. Kinder und Jugendliche sollen vor allem in ihrer eigenen Lebenswelt, wie z. B. in Kita, Schule, Jugendzentrum oder Politik, mitbestimmen können. Ihnen muss die Möglichkeit gegeben werden, sich aktiv einzubringen und an der Gestaltung ihres Alltages beteiligen zu können.

- Gäbe es unter Ihrer Regierung mehr finanzielle Förderung für Schüler\*innenvertretungen, Bezirksschüler\*innenvertretungen und politische Jugendarbeit? Was halten Sie von einer Förderung für SVen in Höhe von 500,- € pro Schule und Schuljahr?

Eine unabhängige, strukturelle Finanzierung ist für das Arbeiten der SchülerInnenvertretungen unabdingbar. Die Größenordnung sollte sich an der Größe der Schülerschaft festmachen. 500 Euro erscheinen mir für ein großes System eher zu gering.

### Digitalisierung des Bildungssystems

- Was bedeutet für Ihre Partei die Digitalisierung der Schulen und welche Priorität sehen Sie darin?

Die Digitalisierung ist für uns ein sehr wichtiger Baustein für eine gute Schule der Zukunft. Digitale Kompetenzen und informatische Grundkenntnisse werden in Zukunft über die Möglichkeit gesellschaftlicher Teilhabe entscheiden, sowie es heute lesen, schreiben und rechnen tun.

Wir fordern daher eine digitale Bildungsoffensive. Dazu gehören der Breitbandanschluss an allen Schulen und digitale Endgeräte für alle SchülerInnen. Dazu gehören aber auch die Überarbeitung der Lehrpläne und eine Fortbildungsoffensive für die LehrerInnen.

Neben der Vermittlung von Medienkompetenz soll es an allen weiterführenden Schulformen das Fach Informatik geben, damit alle Jugendlichen informatische Grundkenntnisse erwerben können.

Außerdem soll es keine Handyverbote an Schulen geben. Die Schulen sollen gemeinsam mit den SchülerInnen Konzepte einer angemessenen Handynutzung entwickeln und umsetzen.

- Wie stehen Sie zum "Bring Your Own Device"-Konzept?

Handys und andere private Endgeräte können sinnvoll in den Unterricht integriert werden. Auf Dauer sollten Endgeräte, wie Tablets oder Laptops, aber einheitlich in der Klasse sein und nur für schulische Zwecke genutzt werden. Das macht den Umgang mit Software einfacher, verhindert soziale Ungerechtigkeiten. Es würden außerdem einige Probleme des Datenschutzes behoben werden, wenn keine Geräte genutzt werden, auf denen auch private Daten gespeichert sind.

## Bildungsgerechtigkeit / Durchlässigkeit des Bildungssystems

- Sind Bildungsgerechtigkeit und eine zukunftsfähige Schule für Ihre Partei mit dem dreigliedrigen Schulsystem vereinbar? Warum (nicht)?

Wir unterstützen längeres gemeinsames Lernen, sehen aber auch den Willen der Menschen in diesem Land als Auftrag. Wir wollen daher die Rahmenbedingungen für alle Schulen verbessern, die integrativen Schulen wollen wir so attraktiv machen, dass sie von der breiten Mehrheit der Bevölkerung als erste Wahl angenommen werden. Das dreigliedrige Schulsystem widerspricht in unseren Augen vor allem dem Anspruch auf Inklusion. Die Schule der Zukunft und der Bildungsgerechtigkeit ist eine Schule für alle Kinder und Jugendlichen, in der jeder nach seinen Bedürfnissen individuell gefördert wird. Davon sind wir noch sehr weit entfernt.

- Wie kann es gelingen, dass die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen nicht mehr von der sozialen Herkunft der Eltern abhängen?

Die Rahmenbedingungen müssen sich verbessern, siehe Finanzen. Daneben brauchen wir endlich einen Sozialindex, der garantiert, dass die Schulen, die sich besonderen sozialen, integrativen und inklusiven Herausforderungen stellen, auch dementsprechend mit multiprofessionellem Personal ausgestattet werden.

- Möchte Ihre Partei an den aktuell bestehenden Ziffernoten zur Bewertung von schulischen Leistungen festhalten? Was wäre ihr mögliches Alternativkonzept?

Wir glauben, dass individuelle Fortschrittsberichte eine größere Aussagekraft haben, als Ziffernoten, gerade in Schulen des gemeinsamen Lernens.

- Ist es sinnvoll, Schüler\*innen nach nur vier Jahren des gemeinsamen Lernens in Grundschulen auf verschiedene Schulformen zu differenzieren? Würden Sie daran etwas verändern wollen und wenn ja, was?

Die vierjährige Grundschule hat sich historisch entwickelt. Aber gute Gründe für die vierjährige Grundschulzeit gibt es eigentlich nicht. Schulen in denen alle Schülerinnen und Schüler länger zusammen lernen, wie die PRIMUS-Schulen, bieten einige Vorteile. Hier gibt es z.B. mehr Möglichkeiten für Projekte und AGs, in denen Kinder und Jugendlichen etwas zusammen machen. Die Piratenfraktion hat sich deshalb dafür ausgesprochen, den Schulversuch PRIMUS durchzuführen. Aufgrund der Erfahrungen, die hier gewonnen werden, ist dann zu schauen, ob man mehr Schulen mit einer längeren gemeinsamen Schulzeit einrichten kann.

- Wie kann die immer noch viel zu hohe Zahl an Schulabbrecher\*innen in NRW weiterhin konsequent und nachhaltig gesenkt werden?

Um Schülerinnen und Schülern aus sozial benachteiligten Familien zu einem besseren Bildungserfolg zu verhelfen und die Quote an Schulabbrechern zu senken, sind aus Sicht der PIRATEN NRW eine Reihe von Maßnahmen notwendig. Es deutet vieles darauf hin, dass sogenannte „Risikoschüler“ am meisten geholfen werden kann, wenn sie durch ihre Lehrerinnen und Lehrer mehr persönliche Zuwendung erfahren. Oftmals fehlen ihnen Vertrauen in ihre Fähigkeiten und Vorbilder, die ihnen zeigen, dass sich die Anstrengungen für die Bildung lohnen. Deshalb setzen wir uns für kleiner Klassen und Lerngruppen ein. Außerdem sollen mehr Sozialarbeiter, Sozialpädagogen und Schulpsychologen die Kinder und Jugendlichen helfen und die Lehrerinnen und Lehrer unterstützen und beraten.

- Wird Ihre Partei die Studiengebühren in NRW wieder einführen?

Nein, wir sind generell gegen Gebühren, Bildung muss für jedes Alter kostenlos sein.

- Wie bewertet Ihre Partei die aktuelle Situation bei der Beschulung von Geflüchteten?

Die Situation ist nicht zufriedenstellend. Viele geflüchtete Kinder und Jugendliche warten viel zu lange auf einen Platz in einer Schule. Die Klassen sind so groß, dass es mancherorts sehr schwierig bis unmöglich ist, diesen Schülerinnen und Schülern die notwendige individuelle Unterstützung zukommen zu lassen.

- Was muss aus Sicht Ihrer Partei getan werden, damit die Integration Geflüchteter in unser Bildungssystem nachhaltig gelingen kann?

Gesellschaftliche Teilhabe gelingt nur durch gute Bildung. Es muss sichergestellt werden, dass allen Kindern und Jugendlichen mit Einwanderungshintergrund sowie auch allen anderen Schülerinnen und Schülern passende Bildungsangebote gemacht werden. Deshalb fordern wir, dass angemessene Ressourcen sowohl an Personal wie auch an Sachausstattung zur Verfügung gestellt werden. Nach einem Sozialindex sollen alle Schulen mit ausreichend Lehrpersonal und anderen Professionen, wie Sozialarbeitern, Sozialpädagogen und Psychologen ausgestattet werden. Außerdem muss die interkulturelle Schul- und Unterrichtsentwicklung gestützt und gefördert werden.

- Denkt Ihre Partei, dass mehr Wettbewerb zwischen den einzelnen Schulen zu besseren Lernbedingungen für Schüler\*innen führt?

Die PIRATEN NRW sind nicht davon überzeugt, dass mehr Wettbewerb zwischen den einzelnen Schulen die Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler wirksam verbessern kann. Auch darf Bildung nicht als Ware betrachtet werden, deren Produktion im freien Wettbewerb immer effizienter organisiert wird. Denn zum einen ist Bildung ein sehr individueller Entwicklungsprozess. Zum anderen ist Bildung ein Menschenrecht. Deshalb setzt sich die Piratenpartei dafür ein, die Rahmenbedingungen für alle Schulen soweit zu verbessern, dass es gute Lernbedingungen für alle Schülerinnen und Schüler gibt.

- Was halten Sie vom Konzept der völlig kostenfreien Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Universität? Wenn Sie dies befürworten, was wären mögliche Ansätze zur Finanzierung?

Die Piratenpartei setzt sich für freie Bildung und den diskriminierungsfreien Zugang zu allen öffentlichen Bildungsangeboten ein. Deshalb sind wir auch bei KiTas und Hochschulen gegen grundsätzliche Gebühren.

## **Demokratie und Partizipation**

- Steht Ihre Partei hinter der aktuell geltenden Drittelparität in der Schulkonferenz?

Ja, für die wirksame Vertretung der Anliegen der Schülerinnen und Schülern in den Schulen ist die Drittelparität notwendig.

- Wird es unter Ihrer Landesregierung ein Stimmrecht für Schüler\*innenvertreter\*innen in Fachkonferenzen geben?

Im Sinne einer wirksamen Beteiligung der Schülerinnen und Schüler an Entscheidungen zur Unterrichtsgestaltung unterstützen wir die Forderung nach einem Stimmrecht für Schülerinnen und Schülern in den Fachkonferenzen. Auch wenn in den Fachkonferenzen oftmals Themen behandelt werden, die aufgrund von Fachkenntnissen entschieden werden sollten, meinen wir, dass es eine positive Wirkung hätte, wenn die Fachlehrer\*innen sich mehr darum bemühen würden, die Vertreter der SuS und Elternvertreter von ihren Ideen und Konzepten zu überzeugen.

- Fordert Ihre Partei die Absenkung des Wahlalters auf 14 bzw. 16 Jahre und warum (nicht)?

Die PIRATEN NRW sind der Auffassung, wer die Zukunft von jungen Menschen gestalten will, muss junge Menschen auch an der Gestaltung teilhaben lassen. Deshalb setzen wir uns für eine Absenkung des Wahlalters bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 14 Jahre ein.

- Welche Ideen hat Ihre Partei zur Stärkung von Demokratiebildung und gelebter Partizipation an NRWs Schulen?

Es ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche lernen, ihre Meinung zu vertreten und dass es wirksam ist, eine Stimme zu haben und diese zu Gehör zu bringen. Schule ist ein zentraler Ort, an dem Demokratie erlernt und eingeübt werden kann.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass sich alle Schülerinnen und Schüler aktiv an Entscheidungen in der Schule beteiligen können. Es sollen mehr Möglichkeiten neben oder als Ersatz der Schülervertretung geschaffen werden, damit sich jede Schülerin und jeder Schüler auch ohne Amt oder Funktionen mit der eigenen Stimme aktiv an Entscheidungsprozessen beteiligen kann. Dies könnte z.B. über eine Internetplattform stattfinden, die auf Liquid Democracy basiert. Den Schülerinnen und Schülern soll so die Möglichkeit gegeben werden, Ideen zu erstellen und Verbesserungsvorschläge vorzustellen, um dann über diese zu diskutieren und abzustimmen.

Das Fach Politik wird an weiterführenden Schulen oftmals nur unzureichend und zusätzlich fachfremd unterrichtet. Politisches Wissen und die Auseinandersetzung mit politischen Themen ist unabdingbar für eine reflektierte Haltung in unserer demokratischen Gesellschaft.

Daher soll in den weiterführenden Schulen das Fach Politik ein deutlich höheres Gewicht bekommen. Schülerinnen und Schüler sollen sich mit geschichtlichen und aktuellen politischen Ereignissen kritisch auseinandersetzen. Sie sollen in einer demokratischen Grundhaltung gestärkt werden. So soll rassistischen und nationalistischen Tendenzen vorgebeugt und entgegengewirkt werden.

## **Inklusion**

- Befürwortet Ihre Partei die Inklusion an allen Schulen und allen Schulformen in NRW?

Wir befürworten die Inklusion an allen Schulformen, sehen aber auch die Probleme, die es an manchen Schulen und auch Schulformen macht. Einige Schulen und Schulformen sind gar nicht für den inklusiven Unterricht ausgestattet. Es fehlen z.B. Schulküchen, Werkräume und Therapieräume.

- Was sind aktuelle Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Inklusion an den Schulen NRWs?
- 

Die Rahmenbedingungen stimmen einfach nicht. Es fehlt an Doppelbesetzungen durch SonderpädagogInnen, aber auch an geeigneten Räumlichkeiten. Die Klassenstärke ist für einen erfolgreichen inklusiven Unterricht viel zu groß.

- Welche Prioritäten sieht ihre Partei bei der Umsetzung der Inklusion an den Schulen NRWs?

Weitgehende Doppelbesetzung, kleinere Klassen, mehr Schulsozialarbeit, Standards für Schulbegleiter....

- Möchte Ihre Partei an der Förderschule als Schulform festhalten?

Solange die Regelschule nicht mindestens die gleichen Fördermöglichkeiten hat, wie die Förderschulen, auf jeden Fall. Aber auch dann sollte es weiterhin Förderschulen geben, da nicht für jedes Kind oder jeden Jugendlichen die inklusive Schule der beste Förderort ist. Als Beispiel sei hier genannt die Förderschule für Kranke, in der unter anderem psychisch kranke Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden, häufig im Einzelunterricht.

## **Vermischtes**

- Wie steht Ihre Partei zum derzeitigen Religionsunterricht?

Der Religionsunterricht ist als einziges Schulfach durch das Grundgesetz geschützt. (Art. 7 Abs. 3). Weil die Gesellschaft immer vielfältiger wird und es immer mehr Schülerinnen und Schüler gibt, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, setzten sich die Piraten NRW dafür ein, dass es neben dem Religionsunterricht auch eine nicht-konfessionellen Vermittlung von Werten für alle Schülerinnen und Schüler geben soll. Wir wollen zur Förderung von Toleranz und um die verschiedenen Kulturen und Religionen vorzustellen, Ethikunterricht als Pflichtfach einführen.



- Wie können die Globalen Nachhaltigkeitsziele und allgemein die Bildung für nachhaltige Entwicklung mehr Einzug in die Schulen NRW erhalten?

Vor allem an den Ganztagschulen, aber auch an allen anderen Schulen, sollten vermehrt schulische aber auch außerschulische Projekte angeboten werden, die sich mit nachhaltiger Entwicklung beschäftigen.

- Wie steht Ihre Partei zu Kooperationen von Schulen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen?

Die Kooperation von Schulen mit Unternehmen kann beispielsweise in Fragen der Berufsinformation für die Schülerinnen und Schüler sehr positiv sein. Doch die gängige Praxis beim Schul sponsoring sehen wir kritisch. Es werden z.B. Schülerwettbewerbe veranstaltet, die vor allem Werbeveranstaltungen sind. Um dies in Zukunft zu verhindern, muss das Bewusstsein für die Problematik weiter geschärft werden. Die Piratenfraktion hat Werbung und Sponsoring an Schulen im Landtag deshalb mehrfach thematisiert.

- Wie steht Ihre Partei zu genderneutraler Sprache und warum gendern Sie (nicht) in Ihren Wahlprogrammen?

Das ist bei den Piraten noch immer ein großer Diskussionspunkt, bei dem bislang keine Einigung erzielt wurde. Wir bemühen uns, dort wo es geht, eine neutrale Form zu nutzen.

- Wird Ihre Partei an der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr festhalten?

Die Piraten NRW setzen sich dafür ein, die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW) des Landes NRW und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr aufzulösen.